

Die Linke Mecklenburg-Vorpommern

Antworten auf Ihre Wahlprüfsteine zur Landtagswahl in MV: DMB Landesverband

1. Wohnungsbau

Befürworten Sie als Landespartei grundsätzlich staatliche Wohnungsbauförderung?

Die Linke:

Die Linke befürwortet die staatliche Wohnungsbauförderung ausdrücklich. Diese garantiert bezahlbaren Wohnraum und ist deshalb unverzichtbar für den Wohnungsmarkt. Die Objektförderung soll weiterhin auf hohem Niveau beibehalten werden. Konkrete Fördersummen sind aktuell nicht verlässlich zu benennen. Für die Linke ist jedoch klar, dass die aktuellen Fördersummen beibehalten bzw. an diese anknüpfend erhöht werden müssen. Hierbei sind vor allem die Baukostenentwicklungen zu berücksichtigen.

Die Linke setzt ihren Fokus klar auf Mehrfamilienhäuser und den Mietenwohnungsbau. Öffentliche Mittel müssen so eingesetzt werden, dass die breite Bevölkerungsschicht davon profitiert.

Sowohl zinslose Baudarlehen als auch direkte Zuschüsse sind nötig, um Fortschritte in der Barrierefreiheit und der energetischen Sanierung vorzunehmen. Gleichwohl würden kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen hiervon profitieren.

Die Linke befürwortet die Fortführung von Aufzugsförderprogrammen. Aufzüge sind nicht nur auf Grund des demografischen Wandels unerlässlich, sondern garantiert ein selbstbestimmtes Leben für Menschen, die Geheingeschränkt oder auf einen Rollstuhl angewiesen sind.

Die Linke stimmt überein, dass eine aktuelle, transparente und öffentliche Statistik über Sozialwohnungen notwendig ist, damit Politik und die Branche über die aktuellen Entwicklungen im Bilde sind und entsprechend gegensteuern bzw. handeln können. Wir wollen den proaktiven Neubau von Sozialwohnungen stärker in den Blick nehmen, hierbei gilt es, insbesondere die kommunalen Wohnungsgesellschaften als Akteur wieder handlungsfähiger zu machen (z. B. durch weitreichende Entschuldungshilfen).

2. Aktive Bodenpolitik

Die Linke lehnt es ab, dass die Kommunalaufsicht Druck auf Kommunen ausübt, beim Verkauf von Bauflächen Höchstpreise zu erzielen, da dies die Spekulationen anheizt und den Bau bezahlbaren Wohnraums massiv erschwert. Stattdessen setzt die Linke sich dafür ein, dass Kommunen Liegenschaften rechtssicher nach dem Konzeptverfahren vergeben können, bei dem soziale und ökologische Kriterien ausschlaggebend sind. Damit der gemeinwohlorientierte Wohnungsbau gezielt gestärkt werden kann, befürwortet die Linke die

vergünstigte Abgabe öffentlicher Flächen an kommunale, genossenschaftliche oder gemeinnützige Akteure, sofern darauf dauerhaft preisgebundener Wohnraum entsteht. Um Spekulationen mit Grund und Boden entgegenzutreten, sollen landeseigene Flächen grundsätzlich im öffentlichen Eigentum behalten und vorrangig im Erbbaurecht mit fairen Erbbauzinsen vergeben werden.

3. Wohnungsversorgung

Die Linke fordert, dass der Bund, die Länder und Kommunen selbst aktiv als Bauherren und Vermieter auftreten, um die öffentliche Daseinsvorsorge zu sichern und bezahlbaren Wohnraum sicherzustellen. Öffentlicher und öffentlich geförderter Wohnungsbau muss dabei zwingend strengen Mietpreis- und Belegungsbindungen unterliegen. Gleichzeitig muss dies dazu führen, dass Sozialbindungen künftig nicht mehr auslaufen werden, sondern langfristig gebunden sind.

Die Linke setzt sich entschieden für den Schutz benachteiligter Gruppen auf dem Wohnungsmarkt ein. Die Linke unterstützt die Idee einer verbindlichen Inklusionsquote, um barrierefreies und selbstbestimmtes Wohnen für alle Menschen rechtssicher zu gewährleisten. Aber auch das genossenschaftliche Wohnen soll gestärkt werden. Genossenschaftliches Wohnen schafft dauerhaft bezahlbaren Wohnraum und entzieht ihn der Spekulation. Überschüsse kommen der Gemeinschaft zugute, statt als Rendite an private Eigentümer zu fließen. Die Mitglieder entscheiden demokratisch über ihr Wohnumfeld und die Entwicklung ihrer Genossenschaft. Langfristige Mietverhältnisse geben Sicherheit und schützen vor Verdrängung. So entstehen solidarische, vielfältige und lebenswerte Nachbarschaften für Menschen unterschiedlicher Einkommen und Lebenslagen.

4. Verhältnis des Landes zu den Kommunen

Um zu verhindern, dass Städte und Gemeinden aus Haushaltsnotlagen heraus Steuern und Gebühren erhöhen müssen, was die Betriebskosten der Mieter:innen zusätzlich belasten würde, setzt die Linke sich für eine auskömmliche und verlässliche Finanzausstattung der Kommunen über das Finanzausgleichsgesetz ein. Zudem lehnt die Linke jeglichen Zwang zur Veräußerung kommunaler Wohnungen oder Wohnungsbaugesellschaften strikt ab. Öffentlicher Wohnraum ist Teil der Daseinsvorsorge und muss dauerhaft in kommunaler Hand verbleiben.

Hinsichtlich des Zweckentfremdungsverbotes hat die Linke als Landesregierung in diesem Jahr eine Verschärfung für touristische Gebiete angeordnet. Gleichmaßen muss dafür gesorgt werden, dass die Kommunen die Instrumente des Gesetzes auch umsetzen können. Hier muss noch einmal angesetzt werden, um sicherzustellen, dass die Durchsetzung entsprechend von Statten gehen kann.

5. Mietrechtliche Aspekte

Die Linke positioniert sich eindeutig einem ungebremsen Anstieg der Wohnungsmieten auf Bundes- und Landesebene entgegen. Die Linke fordert einen bundesweiten Mietendeckel. Dabei stehen vor allen Dingen Wohnungsmärkte mit angespannter Lage im Fokus. Mieten müssen abgesenkt werden und in diesen Wohnungsmärkten für die nächsten sechs Jahre eine Mieterhöhung ausgeschlossen werden. Möblierte Wohnungen müssen strenger reguliert werden.

Die in Mecklenburg-Vorpommern geltende Mietpreisbremse sowie die Kappungsgrenze unterstützt die Linke ausdrücklich und setzt sich auch für eine Fortsetzung dieser vor. Weiterhin muss überprüft werden, ob weitere Gebiete die Anforderungen erfüllen, damit die Instrumente anwendbar sind.

Die Linke steht an der Seite der Mieter:innen und setzt sich für einen besseren Kündigungsschutz ein sowie für ein Verbot von Indexmieten und eine strengere Regulierung für Modernisierungsumlagen.

Beim Vollstreckungsschutz bei Wohnungsräumungen vertritt die Linke eine klare Haltung. Räumungen in die Obdachlosigkeit gilt es grundsätzlich zu verhindern. Auch deshalb fordert die Linke ein gesetzliches Moratorium für die Wintermonate und vor Feiertagen. Zusätzlich sollten von Amts wegen Rechtsanwält:innen automatisch gestellt werden, um betroffenen Mieter:innen rechtlichen Beistand zu garantieren.